

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 31 (1951-1952)

Heft: 5

Rubrik: Stimmen der Weltpresse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

auch in den Tendenzen der kantonalen Regierungen, an den Einnahmen des Bundes in möglichst großem Umfange zu partizipieren, selbst wenn der föderalistische Aufbau des Staates dadurch mehr und mehr in Frage gestellt wird.

Mit der Auflockerung des Willens zur wirtschaftlichen Selbstbehauptung im Familienverbande geht einher das Bestreben, Steuern einzuführen, welche die Substanz angreifen, und die Steuerlasten mehr und mehr auf das Vermögen und die höheren Erwerbseinkommen zu verlagern. Diese Entwicklung wird unterstützt durch die Sucht nach Nivellierung der Vermögens- und Einkommensunterschiede, die in der Hauptsache auf egalitären Gedankengängen beruht, aber auch Nahrung zieht aus dem mystischen Glauben unserer Zeit an die Möglichkeit einer staatlich garantierten Vollbeschäftigung.

STIMMEN DER WELTPRESSE

In einem im *«Nuovo Corriere della Sera»* vom 5. Juli erschienenen Artikel *«Tregua?»* (Waffenruhe?) bemerkt *Augusto Guerriero*, aus dem ganzen Hergang der politischen und diplomatischen Kampagne könne man folgern, das Verbluten Chinas sei Moskau nicht unangenehm. Rußland könne sicherlich nicht die rasche militärische und politische Festigung eines benachbarten Großstaates wünschen, der über doppelt so viel Menschen als Rußland verfügt und der Erbe einer jahrtausendealten autonomen Kultur ist. Während ein Satellitenstaat China den Zwecken der russischen Politik diene, könnte ein mächtiges und selbständiges Großchina endgültig die Rolle des Führervolkes in der erwachenden asiatischen Welt übernehmen. Das russisch-chinesische Bündnis diente dazu, die westliche Welt in Aufregung zu versetzen und erlaubte dem Kreml, seine ränkevolle Friedensoffensive aufzuziehen, indem er hemmungslos die kapitalistischen Staaten des Imperialismus und der Aggression bezichtigte. Aber das Spiel konnte auf die Dauer gefährlich werden. Wenn Moskau sein Bündnis mit China aufrechterhalten wollte, mußte es China retten, indem es entweder offen an seiner Seite intervenierte, oder als Friedensvermittler auftrat. Rußland, das vorläufig den Krieg nicht will und sich damit begnügt, andere an seiner Stelle kämpfen zu lassen, wählte den zweiten Weg, der ihm nochmals erlaubte, als Bannerträger des Weltfriedens aufzutreten. Damit hat es zwei Ziele erreicht: weder ein siegreiches noch ein besieгtes China, ein China, das den Zwecken der Sowjetpolitik noch dienen kann, und ein Amerika, das gezwungen ist, fortwährend in wachsender Unruhe zu verharren.

Die Turiner *«Stampa»* brachte in der Nummer vom 4. Juli einen Artikel von *Diego de Castro*: *«Pericoli per Trieste»*, in dem der Autor bestreitet, daß die Amerikaner augenblicklich die Loslösung Triests vom Mutterlande in Betracht ziehen und die Schaffung eines freien Territoriums wünschen. Eine solche Lösung der Triestiner Frage würde binnen neun Monaten nach der Schaffung des Territoriums zum Rückzug der alliierten Besatzungstruppen führen. Man hält es nicht für möglich, daß die Amerikaner einen solchen Entschluß fassen, während die Sowjet-

truppen noch in Österreich stationiert sind und Tito keine sichere Garantie bietet, der westlichen Sache dienen zu wollen. Der Autor meint, die Amerikaner würden darauf ausgehen, eine Politik zu entwickeln, welche die Lage im Fluß hält, um eine Karte in Händen zu haben, die, wenn sie gut und im günstigen Augenblick gespielt wird, für die Ziele der alliierten Politik entscheidend sein könnte. Die Dreiererklärung von 1948 ist aber nicht anwendbar, weil Rußland nicht zugestimmt hat und um Tito nicht zu verärgern. Diese Erklärung hat einen großen, aber nur theoretischen Wert, der von den möglichen Lösungen, welche die Alliierten offenbar auf der gleichen Ebene bereit halten, beeinträchtigt wird.

In einem am 7. Juli im römischen *«Tempo»* publizierten Artikel *«Denunciare il Diktat per la sovranità d'Italia»* wird *Italo Zingarelli* zum Sprachrohr der Unzufriedenheit und der Empörung des italienischen Durchschnittsbürgers. Er betont die Notwendigkeit, den Friedensvertrag zu kündigen und Triest als italienisch zu proklamieren, mit Rücksicht auf die Würde des Landes, als feierliche Bejahung der Freiheit und Gerechtigkeit und, wohlgemerkt, um nicht weniger als Persien zu gelten. Dies wäre eine Tat des Mutes und des Vertrauens, die niemanden beleidigen soll und kann, da sie gegen niemanden gerichtet ist. Sie dient vielmehr dazu, das gute Recht Italiens zu behaupten, denn der Friedensvertrag ist, wie auch der Minister des Äußern, *Graf Sforza*, geäußert hat, nunmehr politisch und juristisch überholt.

Die in London erscheinende unabhängige Wochenzeitung *«Time and Tide»* veröffentlichte in ihrer Nummer vom 7. Juli eine außerordentlich scharfe Kritik am britischen Verteidigungsminister *Shinwell*. Der Artikel nimmt besonders eine kürzliche Äußerung *Shinwells* aufs Korn, die er im Zusammenhang mit den Waffenstillstandsverhandlungen in Korea getan hat. *Shinwell* sagte in einer Ansprache, «daß beim geringsten Anzeichen besseren Benehmens auf Seiten der Kommunisten wir nur zu gerne unsere Aktivität einschränken und zu friedlicheren Beschäftigungen zurückkehren werden». Der Verfasser glossiert diese Bemerkung wie folgt: «Weiß Mr. *Shinwell* nicht, daß es zur Ausbildung der Kommunisten gehört, zu lernen, wann man, nach Lenins Worten, vorwärts gehen muß, aber auch wann man sich zurückziehen soll? Weiß er nicht, daß nach allen Erfahrungen, die wir bis heute gemacht haben, der Kommunismus nur zurückweicht, um später und an einem anderen Punkt wieder vorzurücken? Erinnert er sich nicht an *Jan Masaryk*, der an der Illusion gescheitert ist, er könne die Tschechoslowakei zu einer Brücke zwischen Ost und West machen? Hat er Präsident *Roosevelt* vergessen, der sich an die Idee klammerte, daß, wenn er *Stalin* als einen vernünftigen Menschen behandle, *Stalin* beim Aufbau einer Welt des Friedens und der Demokratie mitarbeiten würde? Erinnert er sich nicht an *Ernest Bevin*, der naiv glaubte, daß die Linke mit der Linken reden könne und von ihr verstanden würde? Kurz, ist Mr. *Shinwell* überhaupt im geringsten vom Hauch unserer Zeit je berührt worden? Überlegt er sich, bevor er sich über außenpolitische Dinge äußert, die innenpolitische Wirkung dessen, was er zu sagen im Begriffe steht?

Selbst wenn es in Korea zu einer Verständigung kommt — und wir sind noch weit davon entfernt —, so schließt das noch lange nicht die Befreiung von der weltweiten Bedrohung des Kommunismus in sich. Es ist durchaus möglich, daß *Stalin* das unrentable Abenteuer zu liquidieren wünscht, um anderswo ein aussichtsreicheres zu beginnen.

Ist es daher die Sache eines britischen Ministers, zu sagen, daß wir «beim geringsten Anzeichen» besseren Betragens seitens *Stalins* oder der *Koreaner* und *Chinesen* nur allzu bereit seien, unsere Anstrengungen einzuschränken? Eine Einschränkung unserer Selbstverteidigung ist ausgeschlossen, solange eine Generalbereinigung mit den Russen nicht zustande gekommen ist, welche die Kriegsfurcht aus der Welt nimmt, oder bis wir zusammen mit den anderen freien Völkern so stark

geworden sind, daß wir überzeugt sein dürfen, Stalin werde den Krieg nicht wagen. In Amerika wird die Rede Shinwells bewirken, daß die amerikanischen Befürchtungen, die Briten seien nur halb bei der Sache und würden beim geringsten Vorwand versuchen, sich aus der Affäre zu ziehen, verstärkt werden. In England aber wird die Rede diejenigen stärken, die nach Butter rufen, gleichgültig, ob wir Waffen haben oder nicht».

Seit aus den niedersächsischen Landtagswahlen die SRP («Sozialistische Reichspartei», präsidiert von dem ehemaligen PG Dr. Dorls und dem ehemaligen Generalmajor Remer) mit 16 Abgeordneten als viertstärkste Partei hervorging, ist aus einem Gespenst, dem Neonationalsozialismus, erneute Wirklichkeit geworden. «Die Wiederkehr des Nationalsozialismus» überschreibt Eugen Kogon seinen Aufsatz im Juniheft der «Frankfurter Hefte». Darin schildert er die Entwicklung dieser nationalistischen Bewegungen, aus den Splittergruppen der «Deutschen Reichspartei» über die ersten Tastversuche in Niedersachsen, einem durch übermäßige Flüchtlingsbelegungen radikal gestimmten Lande, bis zu den bedrohlichen Erfolgen in unseren Tagen. Diese Entwicklung «hätte ohne die Fehler der anderen Parteien nicht zum Erfolg führen können». Die Kommunisten hielten es von vornherein mit den radikalen Elementen. Die bürgerlichen Parteien glaubten paktieren zu müssen, um schlimmeres zu verhüten. Und die SPD gebärdet sich national statt übernational und gießt damit Wasser auf die Mühlen der nationalistischen Kreise. Nach der Ansicht von Kogon wäre sie in der Lage, den Rechtsradikalismus zu beseitigen. Aber erst 1953, bei den nächsten Bundestagswahlen, könnte sie zum Zuge kommen. Die folgenden Jahre, eine Art Inkubationszeit für die Neonationalsozialisten, werden über die Zukunft entscheiden.

Mit Recht weist jedoch Kogon auf wesentliche Unterschiede zur Situation von 1933 hin: die Schwerindustrie und Hochfinanz ist weitgehend dezentralisiert und durch das Mitbestimmungsrecht auch noch gehindert. Es gibt keine diensttuenden Generale und wenn es sie wieder geben wird, dann in übernationalen Verbänden. Es fehlt ferner der Intellektuelle. Es gibt keine Beumelburgs, keine Moeller van den Brucks. Die wenigen, wie Salomon, Grimm usw. «können einen geistigen Sumpf aufwühlen, sie können jedoch nicht in der gleichen Weise formieren wie vor 1933». Ferner glaubt Kogon, daß die rechtsradikale Agitation auf Norddeutschland beschränkt bleiben wird, nicht zuletzt, weil im Süden das Flüchtlingsproblem durch die BHE in demokratische Bahnen kanalisiert wird.

Trotz allem darf die Gefahr nicht verkannt werden, eine Gefahr, die darin besteht, daß die demokratischen Parteien verdorben werden. Ob der Nationalsozialismus «nochmals zu fataler Bedeutung» gelangt, wird von den «demokratischen Kräften in Deutschland, in Europa und in Amerika entschieden. Sie können der Gefahr Herr werden, wenn sie wollen. Dann müssen sie allerdings handeln, gelegentlich sogar gemeinsam . . .».

In einem Artikel «Finsternis über Ungarn» äußerte sich die österreichische Wochenzeitung «Die Furche» in ihrer Nummer 27 zum großen Schauprozeß des Monats Juni wie folgt:

«Die Prozeßführung ist in einer infernalischen Weise darauf angelegt, noch mehr als der Mindszenty-Prozeß die Schneide der Anklage gegen den gesamten Episkopat und selbst gegen den Papst zu richten. So ist zum Beispiel die ungeheuerliche Mordbeschuldigung gegen den Paulinerprior noch verknüpft mit einer Beschuldigung des Erzbischofs, der dem angeblichen Mörder für seine Tat den Segen gegeben. Dazu fragt das kommunistische Hauptorgan „Szabad Nep“: „Wer ist der größere Schuldige? Der Mörder, der Erzbischof oder Pius XII.?“ So schamlos durch seine unverhüllte Tendenz, so offenkundig aus verleumderischen Erfindungen konstruiert, so infam das Gerichtswesen des Landes erniedrigend ist noch keiner der Justizmordprozesse des jetzigen Ungarns geführt worden».